

Mündliche Anfrage

des Abgeordneten Kuschel (DIE LINKE)

„Bürgerkriegsähnliche Zustände“?

Der Thüringer Innenminister hat während einer mündlichen Verhandlung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof am 7. Oktober 2008 erklärt, dass 2003/2004 im Zusammenhang mit den öffentlichen Diskussionen zu Kommunalabgabenproblemen in Thüringen „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herrschten. Zudem seien bei kommunalen Mandatsträgern und Verbandsvorsitzenden Scheiben eingeschmissen und Autos beschädigt wurden.

Diese Aussage des Innenministers war auch Bestandteil eines Presseartikels im Freien Wort vom 8. Oktober 2008.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie begründet die Landesregierung, dass 2003/2004 im Zusammenhang mit den öffentlichen Diskussionen zu Kommunalabgabenproblemen in Thüringen „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herrschten?
2. Welche Informationen liegen der Landesregierung dahingehend vor, dass im Zeitraum 2003/2004 bei kommunalen Mandatsträgern und Verbandsvorsitzenden Scheiben eingeschmissen und Autos beschädigt wurden? Welche kommunalen Mandatsträger und Verbandsvorsitzenden waren davon konkret betroffen?
3. Sollten der Landesregierung keine Informationen zu dem in Frage 2 nachgefragten Sachverhalt vorliegen, wie begründet dann der Thüringer Innenminister seine Aussagen vom 7. Oktober 2008 während der mündlichen Verhandlung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof?
4. Sieht sich die Landesregierung veranlasst, die zitierten Aussagen des Thüringer Innenministers mit Blick auf die reale Situation klarzustellen, um so den Verdacht von kriminellen Handlungen durch Bürger im Zusammenhang mit Protesten gegen die Kommunalabgabenpolitik auszuräumen und wie begründet die Landesregierung ihre Aussage?



Kuschel